



31. März 2014, Thomas Mayer

LEERE KRITIK AM VOLLGELD VON AVENIR SUISSE

Die Vereinigung Avenir Suisse veröffentlichte am 25.3.2014 ihren Standpunkt Nr. 4 „Leere Vollgeld-Hoffnungen“, verfasst von Jörg Baumberger und Rudolf Walser (1). Daran wird eine kommunikative Strategie deutlich, mit der auch in Zukunft zu rechnen ist: durch Falschinformationen, vage Andeutungen und emotionale Sprache wird versucht, ein Schreckgespenst zu produzieren. Im Folgenden wird das Papier von Avenir Suisse schrittweise analysiert. Es zeigt sich, dass diese Kritik in sich zusammenfällt. Tatsächlich ist Vollgeld keine große Systemveränderung, sondern führt nur das ein, wovon die meisten meinen, es sei schon so, dass nämlich nur die Schweizerische Nationalbank Geld schöpft. Die Vollgeldreform hat als historisches Vorbild das Banknotenmonopol, was ohne grössere volkswirtschaftliche oder technische Probleme umgesetzt wurde. Ebenso sind auch bei der Umstellung von elektronischem Geld auf Vollgeld keine wesentlichen Probleme zu erwarten.

VERBRAUCHERTÄUSCHUNG DURCH GELDSCHÖPFUNG DER BANKEN SOLL BEIBEHALTEN WERDEN.

Avenir Suisse bestätigt, dass die Banken durch Kreditvergabe oder Kauf von Aktien und Sachanlagen elektronisches Geld erzeugen. Gleichzeitig behauptet Avenir Suisse, dass dies nur eine „*Folge der allgemeinen Vertragsfreiheit*“ und allen Menschen klar sei:

„Wenn Geschäftsbanken durch die Vergabe von Krediten an ihre Kunden «Geld schöpfen», ist dies keineswegs ein Privileg, sondern ein Ausfluss der allgemeinen Vertragsfreiheit. Diese ist schon heute durch Liquiditäts- und Eigenkapitalvorschriften eingeschränkt – wenn auch vielleicht nicht genügend. Die Transaktion ist ein Tausch von Verpflichtungen. Dabei ist das sogenannte Buchgeld dem Zentralbankgeld nicht gleichgestellt. Es ist nicht gesetzliches Zahlungsmittel. Niemand muss für eine in Schweizerfranken denominierte Forderung

gegen seinen Willen eine Banküberweisung annehmen. Das Bankguthaben ist ein Versprechen, das in ruhigen Zeiten routinemässig freiwillig an Zahlung genommen wird, aber rechtlich nicht angenommen werden müsste.“
(Seite 4)

Avenir Suisse versteht offensichtlich nicht, dass von Vertragsfreiheit nur dann gesprochen werden kann, wenn alle Vertragspartner bewusst und aus freien Stücken einem Vertrag zustimmen. Das ist bei der Verwendung von elektronischem Geld aber nicht der Fall.

Erstens weiss fast niemand, dass die Banken Geld erzeugen. Der Ökonom Richard Werner, der an der Universität von Southhampton Internationales Bankgeschäft lehrt, hatte 2012 in Frankfurt eine Umfrage mit tausend Bürgern durchführen lassen. Es wurde die Frage gestellt: „Wer macht

und verteilt Geld?“ 84% der Befragten dachten, dass entweder die Zentralbank oder die Regierung das Geld in Umlauf bringe und darüber entschie, wer es bekäme. Auf die Frage „Würden Sie einem System zustimmen, in dem die Mehrheit der Geldmenge durch meist private, auch profitorientierte Unternehmen produziert und verteilt wird und nicht durch staatliche Organe?“ antworteten 90 Prozent der Befragten mit: „Nein, das wollen wir nicht.“ (3)

Zweitens kann sich in der Realität niemand der Verwendung von elektronischem Banken-Geld entziehen. Welcher Unternehmer kann sich leisten, auf Überweisungen zu verzichten? Welcher Angestellter kann heute Barauszahlung seines Lohnes verlangen? Selbst die Barzahlung von Verkehrsbussen und Steuern ist fast nicht mehr möglich. Wer kein Bankkonto hat, ist von weiten Teilen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ausgeschlossen.

Da keine bewussten und freien Vertragsabschlüsse stattgefunden haben, ist die Geldschöpfung der Banken auch keine „*Folge der allgemeinen Vertragsfreiheit*“. Das Bankengeld konnte sich

nur durchsetzen, weil es in der Verkleidung eines staatlichen Geldes daherkommt. Fast alle Bürgerinnen und Bürger meinen, dass ein Guthaben auf einem Privatkonto echte Schweizer Franken seien. Fast niemand weiss, dass dies nur eine Forderung an eine Bank und eben kein gesetzliches Zahlungsmittel ist.

Die Vollgeld-Initiative will diese Verbrauchertäuschung beenden. Alles Geld, das den Anschein erweckt, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein, soll alleine von der Nationalbank erzeugt werden. Privat erzeugte Zahlungsmittel wie WIR, Talente, Bitcoins, Rabattpunkte, Flugmeilen, etc. werden dadurch nicht verboten, sondern sollen mit der Vollgeld-Initiative sogar Verfassungsrang bekommen: „*Die Schaffung und Verwendung anderer Zahlungsmittel ist zulässig ...*“. Es muss aber allen Beteiligten klar sein, dass diese Zahlungsmittel privat erzeugt sind und niemand darf zu deren Gebrauch gezwungen werden.

VOLLGELDREFORM WIRD FALSCH DARGESTELLT.

Avenir Suisse tut so, als ob sie Vollgeld darstelle, beschäftigt sich aber gar nicht mit den Hauptargumenten der Vollgeld-Initiative wie Sicherheit des Geldes, Entschuldung des Staates und der Gesellschaft und weniger Finanzkrisen. Stattdessen werden vor allem Umsetzungsfragen und Nebenschauplätze diskutiert und die Vollgeldreform teilweise falsch dargestellt.

Keine Aufteilung in zwei Banken!

Avenir Suisse schreibt auf Seite 4 unter der Überschrift „*Eine fundamental neue Finanzarchitektur*“: „*In der «Vollgeld-Welt» zerfällt die alte Universalbank in mindestens zwei hermetisch voneinander getrennte Abteilungen: Die Girobank“ und „Residual-Kreditbank“.*

Damit wird eine dramatische Stimmung erzeugt: Zerschlagung der bisherigen Banken in zwei

Banken! Nur, niemand hat das je verlangt. Es ist eine freie Erfindung von Avenir Suisse.

Tatsache ist: Zum Geschäftskonzept aller Banken gehört schon immer, dass sie im Auftrag ihrer Kunden Werte aufbewahren. Jede Bank bietet Tresore oder Wertpapierdepots an. Der Inhalt eines Tresors oder eines Wertpapierdepots findet sich nicht in der Bilanz der Bank. Genau dasselbe geschieht bei der Vollgeld-Umstellung mit den Zahlungsverkehrskonten (Privatkonten). Diese sind dann nicht mehr in der Bilanz der Bank, sondern werden von der Bank nur noch im Auftrag der Kunden verwaltet, ähnlich wie ein Treuhandkonto.

Wenn eine Bank eine neue Tresoranlage baut, behauptet niemand, die Bank müsse sich deshalb in zwei Banken aufteilen. Genausowenig muss sich eine Bank aufteilen, wenn die Privatkonten

auf Vollgeld umgestellt werden. Die Aussage von Avenir Suisse, durch die Vollgeldreform gäbe es „keine Universalbanken“ mehr, sondern nur noch „Giro- und Residual-Kreditbanken“ ist unsinnig.

Keine Refinanzierungsklemme für Banken!

Avenir Suisse schreibt auf Seite 5 richtig, dass die Banken nach der Umstellung auf Vollgeld nur noch das Geld verleihen können, das ihnen dafür zur Verfügung gestellt wurde. Doch dann heisst es:

„Diese Refinanzierung könnte auf den Finanzmärkten erhebliche Turbulenzen auslösen.“

Es wird also unterstellt, dass die Banken nach der Vollgeld-Umstellung in Refinanzierungsnot und Existenzkrisen kämen. Avenir Suisse verschweigt, dass der Verfassungsentwurf der Vollgeld-Initiative hier sehr eindeutig ist: *„Insbesondere in der Übergangsphase sorgt die Schweizerische Nationalbank dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht. Während dieser Zeit kann sie den Finanzdienstleistern erleichterten Zugang zu Darlehen gewähren.“* Die Nationalbank hat also nach der Vollgeld-Umstellung den Verfassungsauftrag, die Refinanzierung der Banken in ausreichendem Masse zu sichern. Eine Erklärung, wieso es dann zu *„erhebliche Turbulenzen an den Finanzmärkten“* kommen soll, bleibt Avenir Suisse schuldig.

Keine unklare Abgrenzung zwischen Geld und Kredit!

Avenir Suisse behauptet auf Seite 5, 6 und 7, die Abgrenzung zwischen Geld und Krediten sei bei der Vollgeld-Initiative nicht klar, weshalb man nicht wisse, wie dick die ominöse „Chinesische Mauer“ sei. Dem ist aber nicht so. Im Verfassungsentwurf heisst es: *„Die Ausführungsbestimmungen sehen vor, dass am Stichtag des Inkrafttretens alles Buchgeld auf Zahlungsverkehrskonten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln wird.“* Durch den Begriff „Zahlungsverkehrskonten“ ist klar, dass sich die Vollgeldumstellung nur auf die Geldmenge M1 bezieht, also nur auf

täglich fällige Guthaben. Das kann man auch in den Erläuterungen zum Verfassungsentwurf nachlesen. (4)

Alle Guthaben der Geldmenge M2 und M3, also alle langfristig angelegten Spargelder, sind von der Vollgeldreform nicht betroffen, da es sich nicht um Geld, sondern um Anspruch auf Auszahlung von Geld zu einem zukünftigen Zeitpunkt handelt.

Mit der Verfassungsbestimmung *„Die Schweizerische Nationalbank kann Mindesthaltedfristen für Finanzanlagen setzen“* soll die Steuerung der Geldmenge sichergestellt werden, denn die Banken könnten sonst wieder kurzzeitige Kredite (zum Beispiel im Minutentakt) als Zahlungsmittel verwenden. Das Ziel der Vollgeldreform ist Geld und Kredit klar zu trennen. Es liegt in der Natur der Sache, dass deshalb die Nationalbank hier ein Steuerungsmittel haben muss.

In der Verfassung werden die Kompetenzen staatlicher Organe geregelt, aber natürlich nicht deren Einzelentscheidungen. Deshalb ist der Vorwurf von Avenir Suisse, dass *„nur wenige Details bekannt“* seien, absurd. Details zur Regelung der Fristen kann die SNB erst veröffentlichen, nachdem die Vollgeld-Reform beschlossen und umgesetzt ist.

Kein Aufkauf von Staatsanleihen durch die Schweizer Nationalbank!

Avenir Suisse schreibt weiter auf Seite 4, neues Geld solle *„u.a. auf unklarem Weg über den Aufkauf der Staatsschuld durch die SNB in Umlauf kommen, so dass der schweizerische Staat nach der Umstellung und der Übergangsphase keine Schulden mehr hätte.“*

Offensichtlich hat Avenir Suisse versäumt, den Verfassungsentwurf der Vollgeld-Initiative zu lesen. Dort ist der Weg, wie neues Geld in Umlauf kommt klar geregelt: *„Die Schweizerische Nationalbank bringt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages neu geschaffenes Geld schuldfrei*

durch den Bund, die Kantone oder die direkte Zuteilung an die Bürgerinnen und Bürger in Umlauf. Sie kann den Banken befristete Darlehen gewähren.“

Es ist also nicht vorgesehen, dass die SNB Staatsschulden aufkauft, sondern sie überweist neu erzeugtes Geld an den Bund und Kantone. Diese beschliessen im Rahmen ihrer Budgethoheit, ob damit Staatsschulden getilgt oder öffentliche Ausgaben finanziert werden. Aufgrund der po-



litischen Mehrheiten, der Schuldenbremse und der Praxis der letzten Jahre ist anzunehmen, dass Bund und Kantone diese Sondereinnahmen weitgehend zur Schuldentilgung verwenden werden.

VOLLGELD WIRD MIT 100%-MONEY UND ANDEREN MODELLLEN VERMISCHT.

Avenir Suisse stellt richtig dar, dass die Vollgeld-Initiative auf jahrzehntelange wissenschaftliche Diskussionen zurückblicken kann, differenziert aber nicht klar zwischen 100%-Money und Vollgeld. Beides hat zwar viele ähnliche volkswirtschaftliche Wirkungen, unterscheidet sich aber in der Umsetzung weitgehend. Man kann keine Aussage über ein Flugzeug treffen, wenn man einen Hubschrauber untersucht. Aber genau das macht Avenir Suisse.

Das beginnt in der Problemanalyse. Auf Seite 2 werden unter dem Kapitel *„Die Chicago-Kritik am bestehenden Finanzsystem“* die Probleme des Geldsystems vor 100 Jahren aufgeführt. Damals gab es Golddeckung. Da Gold von Natur aus knapp ist, führte das früher schnell zu Banken Krisen, wenn die Kunden in grossen Ausmasse die Auszahlung ihrer Banknoten oder Kontoguthaben in Goldmünzen verlangten. Denn die Tresore der Banken waren bald leer, da diese viel mehr Gold versprochen hatten, als tatsächlich vorhanden war.

Inzwischen gibt es keine Golddeckung mehr. Die Rolle des Goldes hat das Nationalbankgeld eingenommen. Deshalb ist die Zahlungsfähigkeit der Banken nicht mehr das zentrale Problem, denn die Banknoten der Nationalbank sind nicht knapp, sondern können fast unbegrenzt gedruckt werden. Banken kommen heute kaum mehr in Not, wenn sie in grösserem Umfang Kontoguthaben in Bargeld umtauschen müssen.

Das heutige Problem ist vielmehr, dass es keinen natürlichen Knappheitsanker mehr gibt und deshalb die Banken in einem Überfluss Geld erzeugen können. In den letzten Jahrzehnten wuchs die Geldmenge jährlich bis zum Fünffachen der Wirtschaft. Dieses übermässige Geld floss vor allem in krisenerzeugende Asset-Inflation, das heisst Finanzblasen mit Wertpapieren, Aktien, Derivaten oder Immobilien. Viele Banken gingen durch die Verführung des leicht produzierten Geldes Risiken ein, die sie nicht tragen konnten und liessen sich dann von den Staaten retten. Auf dieses Problem gibt Vollgeld eine Antwort. Allein die Nationalbank soll Geld erzeugen und die Geldmenge wirklich kontrollieren. Die frühere Verknappung des Geldes durch Gold soll durch eine Kontrolle der Geldmenge durch die demokratisch legitimierte Nationalbank ersetzt werden. Doch auf diesen zentralen Punkt geht Avenir Suisse gar nicht ein, sondern bringt die Diskussion des Chicago-Plans von 1932 zur Zahlungsfähigkeit von Banken.

Die Vermischung von Vollgeld mit 100%-Money führt im Avenir Suisse Standpunkt immer wieder zu Verwirrung. So heisst es zum Beispiel auf Seite 4, Vollgeld bedeute, dass die Bank *„für jeden Franken ihrer Einlagen genau einen Franken Zentralbank-Basisgeld“* hält. Das ist falsch, denn nach der Vollgeld-Umstellung gibt nur noch Zentralbankgeld und gar keine *„Einlagen“* (Bankengeld) mehr, die durch einen bestimmten Anteil



von Zentralbankgeld gedeckt werden müssten. Eine ausführliche Synopse der Unterschiede zwischen 100%-Money und Vollgeld findet sich hier: www.vollgeld-initiative.ch/vertiefung.

ES WERDEN PROBLEME AUFGEBAUSCHT, DIE GAR KEINE SIND.

Die Auswahl der Konten für die Vollgeld-Umstellung ist einfach.

Auf Seite 6 schreibt Avenir Suisse hinsichtlich der Umstellung auf Vollgeld, dass die Banken dazu eine „*ungeheure Vielfalt von Aktiv – und Passivverträgen*“ in ihrer Bilanz und „*zahlreiche und über den ganzen Globus verstreute Gegenparteien*“ zu berücksichtigen hätten. Das wäre ein „*aufwändiges Vorhaben und bräuchte viel Zeit.*“

Nur, warum die Banken das alles machen sollten, wird nicht begründet. Richtig ist: Von der Vollgeld-Umstellung sind ausschliesslich Privat- und Zahlungsverkehrskonten in Schweizer Franken berührt. Alle anderen Verbindlichkeiten, Passivverträge und Derivate mit Gegenparteien haben mit der Vollgeldreform überhaupt nichts zu tun. Avenir Suisse bauscht Probleme auf, die es gar nicht gibt.

Die Banken melden monatlich den Bestand an Zahlungsverkehrskonten für die statistische Erhebung der Geldmenge M1. Das heisst, alle Banken können diese Konten auf Knopfdruck abrufen und sind insoweit vorbereitet. Am Stichtag der Vollgeldumstellung übertragen die Banken diese Verbindlichkeiten an die SNB. Mehr passiert nicht.

Mögliche Reaktionen der internationalen Finanzmärkte sind beherrschbar.

Avenir Suisse hat Sorge vor „*defensiven, aggressiven oder generell profitorientierten Transaktionen, die das System erschüttern könnten.*“ (S. 6)

Wovor Avenir Suisse konkret Angst hat, wird aber nicht gesagt. Konkret gibt es zwei Möglichkeiten: entweder eine Flucht aus dem Schweizer Franken

oder in diesen hinein.

Wenn viele Schweizer Franken in andere Devisen getauscht werden, zum Beispiel wenn internationale Anleger verunsichert sind, weil sie das Wort „Vollgeld“ nicht verstehen, dann wäre das für die Schweiz erleichternd. Die SNB könnte endlich ihre gegenwärtig grossen Devisenreserven reduzieren und der Wechselkurs des Frankens würde entlastet, worüber sich besonders die Exportindustrie und Tourismusbetriebe freuen werden.

Da Vollgeld aber krisensicher ist, besteht nach der Einführung von Vollgeld eher die Gefahr von Devisenzuflüssen und Aufwertungsdruck. Dann müsste die Nationalbank den Wechselkurs wie bislang durch Aufkäufe stabilisieren. Wenn das nicht ausreicht, gibt es weitere erprobte Mittel wie ein Negativzins für ausländische Anleger (siehe Dänemark und Schweden) oder Kapitalverkehrsbeschränkungen (z.B. Devisenhandel nur noch für realwirtschaftliche Vorgänge und nicht mehr für Wechselkursspekulationen).

Die Rückführung der Zentralbankkredite geht schrittweise im Laufe der Jahre.

Durch die Umstellung auf Vollgeld schulden die Banken ihren Kunden weniger, aber genau diesen Betrag schulden sie nun statt ihren Kunden der SNB. Die Vollgeld-Initiative sieht vor, dass diese SNB-Kredite aus der Vollgeld-Umstellung „in zumutbarer Frist“ getilgt werden sollen. Eine solche Entschuldung der Banken bei der SNB ist wichtig, damit diese nicht Hauptgläubiger und Risikoträger der Banken bleibt.

Avenir Suisse bezweifelt nun, dass die Rückführung dieser SNB-Kredite möglich sei. (S. 6) Praktisch geht das schrittweise und im Laufe der Jahre: Wenn die SNB neues Geld schuldfrei über

den Staat oder Bürgerinnen und Bürger in Umlauf bringt, landet dieses Geld über Spareinlagen teilweise bei den Banken. Das gilt insbesondere, wenn mit dem neuen Geld Staatschulden getilgt werden, da die bisherigen Anleger dann andere Anleihen suchen und vermehrt Bankanleihen kaufen werden. Mit diesen zusätzlichen Spareinlagen können die Banken wieder ihre Kredite bei der SNB tilgen. Die Banken schulden dann der SNB weniger und anderen Gläubigern mehr. Die SNB kann entsprechend der zurückgezahlten Kredite wieder neues Geld schuldfrei in Umlauf bringen und damit eine weitere Rückzahlungsrunde anregen.

Wie sich die einzelnen Akteure hier verhalten, ist natürlich nicht genau vorherzusagen. Deshalb gibt es eine Nationalbank, die laufend die Vorgänge beobachtet, entsprechend darauf reagiert und auftretende Probleme löst.

Aber Avenir Suisse erscheint die Sache aussichtslos und sie versteigt sich sogar zu folgender Aussage:

„Sollte die Tilgung nicht reibungslos funktionieren, wären die Behörden zu Notmassnahmen gezwungen, die die Erreichung des Endzustandes endgültig ausser Reichweite rücken und in ein permanentes, zwangswirtschaftliches Ausnahmeregime münden könnten. Die volkswirtschaftlichen Kosten eines solchen Fiaskos wären hoch.“

Das hört sich natürlich sehr bedrohlich an. Aber warum das so sein soll, dazu findet sich nichts. Die „Notmassnahmen“ sind Kredite der Nationalbank an die Banken. Warum solche seit über hundert Jahren üblichen Kredite in einem „permanenten, zwangswirtschaftlichen Ausnahmeregime münden“ sollen, und warum dadurch hohe „volkswirtschaftliche Kosten“ entstehen sollen, behält Avenir Suisse für sich.

ES WERDEN FALSCHER BEHAUPTUNGEN AUFGESTELLT, OHNE JEDE BEGRÜNDUNG.

Vollgeld senkt die Risiken des Finanzsystems und damit auch der Banken.

Auf Seite 5 wird im Hinblick darauf, dass die Vollgeld-Umstellung nur mit Privatkonten und nicht mit Sparkonten durchgeführt wird, behauptet:

„Mit Ausnahme des ohnehin heute praktisch wenig relevanten klassischen Bankruns blieben fast alle Liquiditäts- und Solvenzrisiken der alten Universalbank erhalten.“

Völlig offen bleibt, warum das so sein soll. Avenir Suisse geht nicht einmal auf das Hauptargument der Vollgeld-Initiative ein, dass durch eine Steuerung der Geldmenge Finanzblasen verhindert und damit die wesentliche Ursache für Bankenkrisen minimiert werden kann. Dass sich mit einer grösseren Stabilität des Finanzsystems auch die Risiken der Banken verringern, ist eigentlich offensichtlich.

Keine Herstellung von Schweizer Franken im Ausland.

Die Angstmacherei von Avenir Suisse geht soweit, dass sie zu folgender Aussage kommt:

„So ist nicht auszuschliessen, dass sich die Geldschöpfung in Franken ins Ausland verlagert.“

Nur wie das gehen soll, ist unergründlich, wenn doch durch die Vollgeldreform den Banken die Erzeugung von Schweizer Franken verboten wird.

Nationalbank kann Geldmenge kaum steuern.

Auf Seite 8 schreibt Avenir Suisse als „Fazit“:

„Die Mittel zu einer hinreichend präzisen Steuerung einer Geldmenge haben Zentralbanken schon heute.“

Auch wieder eine Aussage ohne jede Begründung. Tatsächlich hat heute die Nationalbank praktisch nur den Leitzins als Steuerungsmittel, doch in der Realität der Kreditvergaben der Banken ist der Zins nur ein Faktor unter vielen. Erst wenn die Nationalbank alles Geld selbst erzeugt, erhält sie die tatsächliche Kontrolle über die Geldmenge.

Vollgeldreform kann vom Volk jederzeit wieder rückgängig gemacht werden.

Um die Dramatik noch zu erhöhen, schreibt Avenir Suisse:

„Dies ist umso beunruhigender, als eine Vollgeldreform – im Unterschied z.B. zu einer Wechselkursfixierung oder einer Einwanderungskontingentierung – praktisch irreversibel ist.“

Warum das so sein soll, behält Avenir Suisse für sich. Tatsache ist, dass die Vollgeldreform vom Volk per Verfassungsänderung wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Vollgeld ist eine Rückbesinnung auf das Bewährte.

Eine Hauptkritik vom Avenir Suisse am Voll-

geld ist, dass dies eine „*fundamental neue Finanzarchitektur*“ sei. Doch Vollgeld führt wie gesagt nur das ein, wovon die meisten meinen, es sei schon so, dass nämlich nur die Schweizerische Nationalbank Geld schöpft.

Die Vollgeld-Initiative korrigiert eine Fehlentwicklung und schliesst an das Bewährte an: Geldherstellung war immer eine wichtige öffentliche Angelegenheit und staatliche Einnahmequelle. In der Bundesverfassung Art. 99 steht: *“Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes.“*

Über Jahrhunderte bezahlten die Kantone einen Teil ihrer Ausgaben durch selbst geprägte Münzen, seit 1848 der Bund. Die Banken entdeckten ab etwa 1870 die profitable Geldherstellung und druckten in einem Wildwuchs immer mehr eigene Banknoten. Deshalb verbot 1891 das Stimmvolk den Banken das Geldscheindrucken und übergab es der Nationalbank. Mit der Vollgeld-Initiative soll nun das Banknotenmonopol auf die Erzeugung von elektronischem Geld ausgeweitet werden.

ERHÖHUNG DER EIGENKAPITALQUOTEN DER BANKEN IST KEIN ERSATZ FÜR VOLLGELDREFORM

Avenir Suisse empfiehlt statt Vollgeld eine Erhöhung der Eigenkapitalquoten für Banken. Diese werden in den internationalen Bankvorschriften „Basel III“ geregelt und sind natürlich notwendig. Es ist aber ein Irrtum, zu meinen, höhere Eigenkapitalquoten könnten eine Vollgeldreform ersetzen. Denn beide Massnahmen zielen auf etwas Verschiedenes ab:

Basel III will die **Banken** stabilisieren, eine Vollgeldreform schafft sicheres **Geld** und ein stabiles Geldsystem.

Ohne Vollgeldreform wird sich Basel III als ebenso illusorisch erweisen wie die Vorgänger-Regelungen. Der Grund: Es bleibt bei der Geldschöpfung der Banken. Die überschüssende

Giralgelderzeugung und die damit einhergehende Inflation oder Asset Inflation samt wiederkehrenden Banken- und Finanzkrisen werden auch durch Basel III nicht begrenzt, sondern allenfalls zeitlich ein wenig verzögert. Denn der Bankensektor schafft sich das benötigte höhere Eigenkapital natürlich genauso selbst wie alle anderen Verbindlichkeiten und Aktiva und erhält von der Zentralbank auch in Zukunft die dafür noch erforderliche Refinanzierung. Das höhere Eigenkapital erzeugen sich die Banken gegenseitig zwar nicht über Nacht, aber im Verlauf von Wochen und Monaten.

Die Basel III Regelungen werden erst dann zu einer echten Stabilisierung der Banken beitra-



gen, wenn diese nicht mehr Banken-Giralgeld, sondern Vollgeld zur Grundlage haben. Auch mit Vollgeld braucht es natürlich ein angemessenes Eigenkapitalpolster, um allfällige Verluste einer Bank abzupuffern.

LIBERALE ORDNUNGSPOLITIK ODER ZÜGELLOSE PRIVATE GELDSCHÖPFUNG

Warum engagiert sich Avenir Suisse schon vor der Lancierung gegen die Vollgeld-Initiative? Avenir Suisse geht offensichtlich davon aus, dass die Vollgeld-Initiative die notwendigen Unterschriften erreichen wird und will deshalb möglichst frühzeitig den Ton einer Gegenkampagne angeben. Das ist der Vereinigung vermutlich darum so wichtig, weil sie das genaue Gegenteil der Vollgeld-Initiative will. Die Vollgeld-Initiative will erreichen, dass allein die Nationalbank Geld schöpft, während Avenir Suisse die Nationalbank entmachten und die Gelderzeugung möglichst vollständig privatisieren will. Avenir Suisse Direktor Gerhard Schwarz gibt ein Buch heraus mit dem Titel „Die Entstaatlichung des Geldes“ und veröffentlichte am 17. März 2014 einen Text mit der Überschrift „Weniger Macht den Geldmachern“ (2). Darin schiebt er den Zentralbanken die Schuld für die Finanzkrise zu mit dem Credo, dass der Staat unfähig sei, aber der freie Markt gut funktioniere.

In Wahrheit wurde die Finanzkrise jedoch durch

eine überbordende Geldschöpfung der profitorientierten privaten Banken erzeugt. Die „freien Finanzmärkte“ versagten nach Strich und Faden. Die Zentralbanken mussten dann als Feuerwehr bei der Brandlöschung helfen, obwohl sie nur wenig Einfluss auf die vorangehende Gelderzeugung zu spekulativen Zwecken gehabt hatten. Das will die Vollgeld-Initiative ändern und vertritt dabei eine liberale Ordnungspolitik. Damit der freie Markt im Interesse aller funktioniert, braucht es gute staatliche Rahmenbedingungen im Rechtsleben, für die Infrastruktur, für die Geldschöpfung, etc. Es ist wie im Sport: Wenn Doping und Fouls zugelassen und die Schiedsrichter abgeschafft werden, ist ein fairer Wettbewerb nicht mehr möglich.

Avenir Suisse sieht das anders. Das Ziel einer „Entstaatlichung des Geldes“ steht im Hintergrund ihrer Vollgeld Kritik Pate. Erst so wird verständlich, warum Avenir Suisse versucht, die Vollgeld-Initiative schlecht zu reden.

EMOTIONALE WÖRTER SOLLEN ANGST ERZEUGEN.

Der Avenir Suisse Standpunkt ist für Nicht-Fachleute kaum verständlich. Fachbegriffe werden nicht erklärt, neue Begriffe wie „Residual-Kreditbank“ einfach verwendet und Inhalte und Zusammenhänge meist nur angedeutet. Dadurch entsteht eine gedankliche Verwirrung und in diesem Nebel tauchen dann dramatische und hochemotionale Wörter auf. Diese sind das Verständlichste an dem Text und bleiben deshalb in Erinnerung. Hier einige Beispiele:

„kühner Salto“

„gigantischer simultaner Umbau“

„Hochrisikosprung in eine unvermessene Welt“

„V-Day“ (= Ende des zweiten Weltkrieges) für den Stichtag der Vollgeld-Umstellung

„Chinesische Mauer“ (Bild für Abschottung über Jahrtausende)

„geldpolitischen Nirwana in einem permanenten Ausnahmezustand mit Zwangsregime“

FAZIT:

Die Kritik von Avenir Suisse gegen die Vollgeld-Initiative besteht im Wesentlichen aus Falschdarstellungen, Verdrehungen, unbegründeten Behauptungen, Aufbauschungen und Emotionalisierung. Das ist ein Ausblick auf die öffentliche Diskussion vor der Volksabstimmung über die Vollgeld-Initiative. Leider geht es in der Politik oft nicht um Wahrheitsfindung und Kommunikation, sondern um die Durchsetzung von Interessen. Der Verein Monetäre Modernisierung als Initiant der Vollgeld-Initiative ist offen für Kritik, wünscht sich aber eine sachliche und faktenbezogene Diskussion zur Geldreform.



Anmerkungen:

- (1) <http://www.avenir-suisse.ch/36309/leere-vollgeld-hoffnungen/>
- (2) <http://www.avenir-suisse.ch/36143/weniger-macht-fur-die-geldmacher/>
- (3) blog.postwachstum.de/die-vollgeldreform-ein-wichtiger-schritt-in-die-postwachstumsokonomie-20130317
- (4) www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen.html